



## Medienmitteilung

Luzern, 22. März 2019

### EU-Waffengesetz: VSPB-Mitglieder sollen selbst entscheiden

VSPB – Am 19. Mai stimmen wir über die neue EU-Waffenrichtlinien ab. Diese Abstimmung hat im Vorfeld grosse Wellen geworfen. Auch unter den Polizistinnen und Polizisten sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Aus diesem Grund hat die Geschäftsleitung des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB, anlässlich ihrer Sitzung vom 20. März 2019 entschieden, ihren Mitgliedern die Stimmfreigabe zu erteilen. „Schon im letzten Jahr wurde es sehr emotional, als sich der VSPB zu den neuen Waffenrichtlinien geäussert hat“, sagt VSPB-Präsidentin Johanna Bundi Ryser und betont: „Wir lassen uns weder von links noch von rechts instrumentalisieren und geben unseren über 26'000 Mitgliedern keine Abstimmungsempfehlung ab.“

Die Europäische Union (EU) hat 2013 beschlossen, ihr Waffenrecht zu verschärfen. Weil die Schweiz Mitglied des Schengen-Assoziierungsabkommens ist, muss sie diese Verschärfungen übernehmen. Hierfür hat sie bis zum 31. Mai 2019 Zeit. Tut sie dies nicht, setzt das einen Prozess in Gang, der automatisch zur Beendigung der Schengen- und Dublin-Abkommen führt. Es sei denn, der Gemischte Ausschuss mit Vertretern der Schweiz und der EU fasst innert 90 Tagen einstimmig den Beschluss, die Zusammenarbeit weiterzuführen. Diese Möglichkeit schliesst die neue Justizministerin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, laut einem kürzlich in der Basler Zeitung erschienen Bericht, aus.

### Aus für Schengen/Dublin-Abkommen hätte Folgen für die Sicherheit

Bei einem Nein des Soveräns und keiner Einigung im Gemischten Ausschuss würde die Mitgliedschaft bei Schengen und Dublin Ende November 2019 auslaufen. „Der VSPB hat immer für dieses Abkommen gekämpft. Würde es wegfallen, wären wir ab dann quasi blind“, betont die VSPB-Präsidentin. Denn bei einem Ausschluss hätten Polizei und Grenzschutz keinen Zugriff mehr auf die Informations- und Fahndungssysteme von Schengen und Dublin. Allein das Schengen-Fahndungssystem SIS wird in der Schweiz bei Kontrollen an der Grenze, an Flughäfen oder im Landesinnern täglich bis zu 430'000-mal abgefragt. Letztes Jahr konnten so in der Schweiz und im Ausland rund 19'000 Fahndungstreffer erzielt werden. „Wir erachten diese Instrumente als unabdingbar für unsere Mitglieder“, betont die VSPB-Präsidentin und fügt hinzu: „Die Geschäftsleitung des VSPB respektiert die Meinungsäusserungsfreiheit aller Polizistinnen und Polizisten. Nach einer fundierten Analyse werden aber alle zum Schluss kommen, dass ein Ausschluss aus diesen Abkommen schwerwiegende Folgen für die Sicherheit hätte.“

---

### Für weitere Informationen:

- Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90 (→[Foto](#))
- Französisch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64 (→[Foto](#))